

Eingegangen im Sekretariat des Oberbürgermeisters 14.11.2023	
15394	Cr



CHEMNITZ
KULTURHAUPTSTADT
EUROPAS 2025

Beschlussantrag Nr. BA-080/2023

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Gegenstand:

Kommunales Europa

Kostendeckungsvorschlag:
(Produktuntergruppe)

		Status	Beratungsergebnis		
Beratungsfolge (Beiräte, Ortschaftsräte, Ausschüsse, Stadtrat)	Sitzungs- termine	öffentlich/ nichtöffentlich	bestä- tigt	abge- lehnt	ohne Empfeh- lung
Stadtrat	31.01.2024	öffentlich			

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat von Chemnitz spricht sich für ein stärkeres Mitspracherecht der Kommunen an der Erarbeitung sie betreffender verbindlicher Rechtsakte und Regelungen der EU aus.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Sächsischen Staatsregierung die Erwartung des Stadtrates von Chemnitz auszusprechen, dass sich diese gegenüber der EU dafür einsetzt, dass im Rahmen des Mehrebenen-Regierungssystems der EU auch die Kommunen eigene Initiativ-, Kontroll- und Beteiligungsrechte erhalten, namentlich, wenn es um die Erarbeitung sie betreffender Rechtsakte geht.

i. A. Anja Schale

Unterschrift

Begründung:

Ein gut funktionierendes Europa kann nur auf dem Fundament der Kommunen stehen und existieren. Beide Ebenen gehören untrennbar zusammen.

Die Europäische Union ist in vielfältigen Prozessen, die sich in den Kommunen vollziehen, immer dabei. So etwa bei der Versorgung mit Wasser, Strom oder Gas, bei Vergabeverfahren zum Beispiel zum Schulneubau, der Regional- oder Förderpolitik, bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs, bei der Landwirtschaftspolitik etc. Ca. 60 Prozent der kommunalen Gesetzgebung sind durch die Europäische Ebene beeinflusst. Dabei wird derzeit ein großer Teil der EU-Regelungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen ohne deren direkte Beteiligung beschlossen.

Zur aktiveren Vertretung kommunaler Interessen bedarf es deshalb eines eigenen "Organs", das nicht nur informell, sondern über ein Mitspracherecht an der Erarbeitung verbindlicher Rechtsakte und Regelungen in der EU beteiligt ist. Ein sinnvoller Schritt in diese Richtung ist die Stärkung des

Ausschusses der Regionen als wichtiges Vertretungsgremium der Regionen und der Kommunen. Dabei müssen im Rahmen des Mehrebenen-Regierungssystems der EU nicht nur die Regionen, hier der Freistaat Sachsen, sondern auch die Kommunen über die Subsidiaritätsprüfung hinausgehende Initiativ-, Kontroll- und Beteiligungsrechte erhalten bzw. müssen solche ausgebaut werden.

Das Anliegen des Antrags zielt darauf ab, dass sich der Chemnitzer Stadtrat diese Forderung ausdrücklich zu eigen macht und dafür ausspricht, die Sächsische Staatsregierung über den Oberbürgermeister zu ersuchen, sich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Neuwahl des Europaparlaments für dahingehende Forderungen wirksam einzusetzen.